



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914**

**Friedjung, Heinrich**

**Berlin, 1919**

IV. Balkanpolitik 1885 - 1888. Dreibund von 1887

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73514](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73514)

IV

Balkanpolitik 1885 — 1888

\* Dreibund von 1887 \*

---

bloß  
aten.  
nial-  
nütig  
rieh-  
amen  
gegen  
übten  
Poli-  
nach  
durch-  
schtes.  
n auf  
t der  
ch in  
  
a sich  
größte  
loral,  
mein-  
unger  
Ent-

---

\* IV. Balkanpolitik 1885—1888. Dreibund von 1887 \*

---

England an der Seite der Mittelmächte . . . . .	91
Vertreibung Alexanders I. von Bulgarien. Öster- reichische Balkanpolitik . . . . .	93
Dreibundvertrag von 1887 . . . . .	97
Kalnoky's Methode und Charakter . . . . .	101
Deutsch-russischer Rückversicherungsvertrag . . . .	106
Bündnißsystem Bismarck's . . . . .	109

91  
93  
97  
101  
106  
109  
England an der Seite der Mittelmächte

Die Frontstellung des Festlands gegen Großbritannien enthüllte um 1884 die Schwäche des seebeherrschenden Reiches und beunruhigte seine Staatsmänner, auch nachdem die Gruppierung der Mächte eine andere geworden war. Indessen brach das unausrottbare Erbübel der kontinentalen Völker, ihre Eifersucht und Unverträglichkeit, bald wieder hervor. Die Einkreisung Englands dauerte überhaupt nur so lange, als sich Jules Ferry in Frankreich am Staatsruder behauptete. Doch blieb der Schrecken über die Annäherung der zwei führenden festländischen Nationen den Briten in den Gliedern und schärfte ihre Wachsamkeit. Das englische Volk fühlte instinktiv, daß, seitdem die äußere Politik immer wichtiger wurde, Gladstone und die Liberalen nicht ausreichten. Es wandte sich den Konservativen zu, deren Führer Salisbury in der Schule Disraelis das Regieren des Weltreichs erlernt hatte.

Schon während seines ersten kurzlebigen Ministeriums (Juni 1885 bis Januar 1886) zeigte Salisbury die scharfe englische Klaue. Seine Landsleute verfolgten eifersüchtig die Ausdehnung der französischen Herrschaft im Osten Hinterindiens. Daran war nichts zu ändern, aber Albion sicherte sich wenigstens die westliche Hälfte der großen Halbinsel. Das Königreich Birma stach den Briten in die Augen: da sich dessen Herrscher nicht fügen wollte, wurde ein Heer gegen ihn ausgesandt und sein Land am 1. Juli 1886 dem britischen Reiche einverleibt. Indem sich die zwei Seemächte ausdehnten, blieb zwischen ihren hinterindischen Besitzungen noch Siam als unabhängiger Staat. Aber sofort setzte ihr Ränkespiel auch hier ein, der gewöhnliche Streit um Einflußgebiete begann und führte zu Weiterungen, die ein und das andere Mal fast Krieg befürchten ließen.

Kurz nachdem Salisbury im Juli 1886 zum zweitenmal leitender Minister geworden war, brach die alte Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich wieder lichterloh aus, wodurch die Besorgnisse

Englands völlig zerstreut wurden. Freycinet zwar, der Nachfolger Ferrys, blieb noch in friedlichem Geleise, aber nur mühsam, da er aus innerpolitischen Gründen den General Boulanger als Kriegsminister in sein Kabinett aufgenommen hatte und dieser sich als Bahnbrecher für die Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen feiern ließ. Im Dezember 1886 wurde Goblet Nachfolger Freycinets und behielt Boulanger als Kriegsminister, sich mit ihm zur Ausbeutung der französischen Rachegefühle verbindend. Dadurch wurde Europa in Unruhe versetzt. Das Spielen mit dem Feuer war um so gefährlicher, als Boulanger mit ungesundem Ehrgeiz nur mittelmäßige Gaben verband, somit nicht der Mann war, um beurteilen zu können, wie weit er mit den gegen Deutschland gerichteten Drohungen gehen konnte, ohne den Krieg zu entzünden, der allem Anscheine nach mit einer Katastrophe für Frankreich endigen mußte. Auf seinen Antrieb wurde eifrig gerüstet, Truppen an die Vogesen geschoben, Vorbereitungen zur Mobilmachung der Ostkorps getroffen. Ein an sich unbedeutender Zwischenfall führte beinahe zum Losbruch. Ein französischer Polizeikommissär namens Schnäbele ließ in Deutschland fleißig spionieren; deshalb lockte ihn ein deutscher Amtsbruder durch die Einladung zu einer Zusammenkunft über die Grenze und verhaftete ihn auf deutschem Boden. Entrüstung darob in Frankreich und Kriegsgeschrei; aber da das Vorgehen gegen Schnäbele rechtswidrig war, ordnete die deutsche Regierung seine Freilassung an, womit die Sache erledigt war (April 1887). Die französische Kammermehrheit, die den Frieden wünschte, raffte sich auf und stürzte am 17. Mai das Kabinett Goblet samt dessen interessantem Kriegsminister. Boulanger setzte seine Treibereien fort und sammelte eine neue Partei um sich, die nationalistische, welche die Schäden des Parlamentarismus zu bekämpfen vorgab, unter diesem Stichwort aber für den General die Diktatur und für sich Einfluß erkämpfen wollte. Das dauerte so lange, bis die republikanische Mehrheit der Kammer in dem Minister Constans den Mann fand, der den Mut besaß, das Gespenst zu verscheuchen. Boulanger, mit Verhaftung bedroht, floh 1889 nach Brüssel und endigte hier 1891 ruhmlos durch Selbstmord. In den drei Jahren seiner Bewerbung um die höchste Gewalt waren die Beziehungen zwischen Paris und Berlin öfters bis zum Zerreißen gespannt. Auch dann beherrschte die nationalistische Partei in der französischen Hauptstadt die Straße, in Deroulède den Führer findend.

Es ist schwer zu sagen, ob die nationalistische Partei Deutsch-

land oder England mit größerem Haffe beehrte. Sie stachelte das französische Volk zu eifersüchtigem Wettbewerb auch gegen Albion auf, weil es den kolonialen Plänen der Republik auf dem ganzen Erdenrund entgegenwirkte, und das waren, solange Boulanger noch etwas in seinem Lande galt, keine bloßen Schaumschlägereien. Ganz von selbst rückten infolgedessen Deutschland und Großbritannien einander näher. Damit blieb Salisbury sich selbst treu: seit jeher war er dem Zusammengehen mit Deutschland geneigt und hatte den Abschluß des mitteleuropäischen Bündnisses am 18. Oktober 1879 mit einer Rede begrüßt, in der er, als Minister des Außern unter Disraeli, das weltbewegende Ereignis „eine gute Botschaft von großer Freude“ nannte. Er war in der alten englischen Auffassung aufgewachsen, die in Frankreich den Nebenbuhler, in Rußland den Erbfeind sah. Ihm als sattelfestem Konservativen war das straff regierte Deutschland sympathisch. Auch darin stand er zu Gladstone in scharfem Gegensatz: dieser fühlte sich zur französischen Demokratie hingezogen und hatte nach der Niederlage Frankreichs 1871 öffentlich die Besorgnis ausgesprochen, die starke Militärmacht, die inmitten des Weltteils entstanden war, könnte der Völkerfreiheit abträglich werden. Bismarck und Gladstone waren ganz verschiedene Naturen, so daß der Reichskanzler tiefe Abneigung gegen den englischen Staatsmann hegte; als dieser den Fürsten nach dessen Rücktritt in Friedrichsruh besuchen wollte, lehnte Bismarck höflich ab, zu seiner Umgebung bemerkend, er wolle den alten Sünder nicht sehen. Dagegen verstand sich der Kanzler mit Salisbury besonders gut und kam ihm noch freundlicher entgegen, als seit 1886 über den Rhein böse Gesinnung nach Deutschland hinüberschlug.

\*

## Vertreibung Alexanders I. von Bulgarien Österreichische Balkanpolitik

Die Sorgen des Reichskanzlers wurden durch die Entwicklung der Dinge in Rußland vermehrt. Es war eine ware Sisyphusarbeit, wie er die russischen und die österreichischen Interessen stets aufs neue auszugleichen bemüht war und wie die Eifersucht der zwei Mächte

troßdem immer wieder aufsprang. Die zwei Abkommen von 1881 und 1884 (Seite 57) vertagten zwar den Streit, aber unmittelbar darauf brach er in der früheren Schärfe wieder aus.

Der Anstoß kam von Bulgarien her. Die Truppen des Zaren hatten die Balkanhalbinsel 1880 verlassen müssen, aber die russische Regierung behielt noch einen Fuß im Steigbügel, da das junge bulgarische Heer von russischen Generalen und Offizieren organisiert und befehligt wurde. Fürst Alexander von Bulgarien empfand die Satrapenrolle, zu der er verurteilt war, als Demütigung und erregte durch sein Streben nach Unabhängigkeit den Unwillen des Petersburger Hofes. Die Abneigung des Zaren gegen ihn wuchs, als die Bulgaren sich 1885 herausnahmen, aus eigener Kraft die Vereinigung ihres Fürstentums mit Ostrumelien durchzusetzen. Ohne in Petersburg anzufragen, erhob sich die Patriotenpartei, verjagte den türkischen Statthalter aus Philippopel und sprach den Anschluß Ostrumeliens an das Hauptland aus. Nun stand die Vereinigung zwar auch auf dem Programm der russischen Regierung, war aber als großmütiges Geschenk vermerkt, das ein fügsames Bulgarien aus der Hand des Zaren entgegennehmen sollte. Es erbitterte den Kaiser Alexander, daß der junge Bulgarenfürst nicht geduldig auf diese Gnade wartete, sondern mit der Nationalpartei gemeinsame Sache machte. Der Fürst hatte aber nur die Wahl zwischen diesem Einverständnis oder der Vertreibung aus seinem Lande. Darauf wurde in Petersburg jedoch nicht Rücksicht genommen, der Zar ließ ihn seinen Zorn fühlen und rief die russischen Generale und Offiziere aus Bulgarien ab. Der junge Staat, so rechnete man in Petersburg, werde aus eigener Kraft nicht bestehen können und das bulgarische Volk reuig zu den Füßen des Zaren zurückkehren.

Das Wiener Kabinett, das sich durch die Abmachungen von Skernewice und Kremsier gebunden glaubte, hielt auch jetzt zu Rußland und sprach sich — ebenso wie Deutschland — mit aller Bestimmtheit in konservativem Sinne aus. In einer Rede vor den Delegationen verurteilte Graf Kalnoßy, der Minister des Außern, die Urheber der Revolution von Philippopel und bestand auf der Notwendigkeit, die zwei bulgarischen Gemeinwesen wieder zu trennen. Dem trat jedoch Graf Andrássy entgegen. Er erfaßte sofort die Bedeutung des Ereignisses und billigte es, daß sich das bulgarische Volk der Vormundschaft Rußlands entzog. Auf dem Berliner Kongreß waren Andrássy

und Disraeli von der Ansicht ausgegangen, die neue Schöpfung werde ein Vasallenstaat Rußlands bleiben, deshalb setzten sie die Verkleinerung und Zerteilung des befreiten Bulgariens durch. Jetzt aber war diese Gefahr überwunden. Deshalb riet Andrássy dem Kaiser Franz Joseph in einer im Herbst 1885 eingereichten Denkschrift, sich des um sein nationales Dasein kämpfenden Volkes anzunehmen, die Vereinigung gützuheißen und Rußland völlig aus der Balkanhalbinsel hinauszumanöbrieren.

Dazu konnte sich Kalnozy in diesem Zeitpunkte nicht entschließen. Andrássy war feurig, kühn, großer Pläne voll, Kalnozy bedächtig, ein vorsichtiger Diplomat der alten Schule, der sich erst allgemach zu einer größeren Auffassung durcharbeitete, dann aber seinen Mann stellte. Während der eine dem Kaiser riet, den Russen sofort kräftig entgegenzutreten, zog der andere vor, die Verbindung mit Petersburg zu pflegen. In einer Gegenschrift erinnerte Kalnozy daran, daß Andrássy als Minister das Drei-Kaiser-Verhältnis gleichfalls solange wie möglich aufrechtgehalten hatte. Der Kaiser entschied für den Minister des Außern: dieser, so sagte er, eigne sich besser dazu, einen Knoten behutsam zu lösen, Andrássy dagegen, ihn zu zerhauen<sup>1)</sup>.

Dementsprechend kam das Wiener Kabinett mit dem Petersburger und dem Berliner überein, Ostrumelien wieder von Bulgarien loszulösen. Kalnozy sah es nicht ungern, daß die Serben, von Eifersucht auf Großbulgarien erfaßt, zum Schwerte griffen; indessen wurde König Milan vom Bulgarenfürsten bei Slivniza am 19. November 1885 besiegt, durch ein Heer also, aus dem alle russischen Offiziere vom Zaren abberufen worden waren. Milan bat in seiner Bedrängnis Kaiser Franz Joseph um Hilfe, der vermittelnd dazwischentrat, den Frieden herbeiführte und Serbien vor Gebietsverlusten rettete. So behauptete sich Bulgarien den drei Kaisermächten zum Trost in seinem vergrößerten Umfang.

Kalnozy hatte also danebengegriffen, indessen sorgte Rußland dafür, daß er seinen Fehler bald gutmachen konnte. Die Petersburger Regierung erlaubte sich unerhörte Übergriffe: auf ihr Betreiben wurde Fürst Alexander 1886 von Verschwörern aus seinem Lande entführt und nach Rußland gebracht. Als er freigelassen wurde und in sein

<sup>1)</sup> Vgl. den Aufsatz über Kalnozy von H. Friedjung in Bettelheims „Biographischem Jahrbuch“ (3. Bd., Berlin 1900) und den in der „Allgemeinen Deutschen Biographie“ (51. Bd., 1905) von Berthold Molden.

Land zurückkehrte, nötigte ihn Rußland zur Abdankung. Hierauf wollte der Zar die Bulgaren durch seinen Abgesandten Baron Kaulbars zwingen, einen russischen Untertan, den Fürsten von Mingrelieu oder den General Ignatiew, zu ihrem Herrscher zu wählen. Dessen aber weigerte sich das bulgarische Volk, an dessen Spitze der furchtlose und kraftvolle Stefan Stambulow stand. Da erkannte Kalnoßy, daß Rußland den Plan zur Unterwerfung der Balkanhalbinsel wieder aufnahm, was auch er nicht zulassen mochte. Das Wiener Kabinett rückte also von dem Petersburger ab und nahm sich der Bulgaren an. Am 30. September 1886 erklärte der ungarische Ministerpräsident Koloman von Tisza im Reichstage, die Monarchie könne das Protektorat einer einzelnen Macht in Bulgarien nicht zulassen. Von dieser Rede war der Zar so verletzt, daß er zu einem österreichischen Diplomaten sagte: „Tisza hat Rußland und damit mich beleidigt.“ Kalnoßy aber schritt auf dem betretenen Wege fort und kündigte in einer am 13. November in den Delegationen gehaltenen Rede an, daß eine militärische Besetzung bulgarischen Landes durch russische Truppen die Donaumonarchie zu einer „entscheidenden Stellungnahme“ zwingen würde.

Mit diesem festen Auftreten Österreich-Ungarns war aber eine täglich wachsende Gefahr verbunden, die Kalnoßy durch sein zögerndes Vorgehen hatte vermeiden wollen. Fürst Bismarck versagte dem Wiener Kabinett seine Unterstützung, da er behauptete, Bulgariens Zugehörigkeit zum Interessensbereich Rußlands wäre auf dem Berliner Kongreß allgemein anerkannt worden. Dies aber wurde von Andrássy, den Kaiser Franz Josef darüber befragen ließ, in Abrede gestellt. Der Reichskanzler beharrte jedoch, um das gute Verhältnis Deutschlands zu Rußland nicht stören zu lassen, auf seinem Standpunkte und bemerkte am 11. Januar 1887 im Reichstage, Bulgarien gelte ihm so wenig wie dem Schauspieler im Hamlet das Schicksal Hekubas. „Es ist uns vollständig gleichgültig,“ so lautete die auch gegen Österreich-Ungarn gerichtete Erklärung, „wer in Bulgarien regiert und was in Bulgarien überhaupt wird. Wir werden uns in dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren.“ Die österreichisch-ungarische Regierung ließ sich jedoch nicht irremachen und sprach im Februar 1887 in den Delegationen den Betrag von 52½ Millionen Gulden zur Verstärkung ihrer Rüstungen an, der auch bewilligt wurde. In dieser Angelegenheit trennten sich zeitweilig die Wege des Wiener und des Berliner Kabinetts.

## Dreibundvertrag von 1887

Rasnoſy mußte unter dieſen Umſtänden anderswo Rückendeckung ſuchen. Dieſe bot ſich bei England, welches ebenſowenig wie Oſterreich-Ungarn das Abergreifen Rußlands auf die Balkanhalbinſel dulden wollte. Noch gehörte damals die Verteidigung der Türkenherrschaft in Konſtantinopel zu den Grundſätzen der britiſchen Politik. Daß Salisbury und nicht mehr Gladſtone England regierte, war für Oſterreich-Ungarn ein beſonderer Glücksfall; denn er hatte auf dem Berliner Kongreß neben Diſraeli gewirkt und war bereit, zur Verteidigung ſeines Werkes die Kraft Englands einzusetzen. So fanden ſich Anfang 1887 die öſterreichiſche und die engliſche Regierung zuſammen.

In Wien mußte außerdem erwogen werden, daß ein Krieg mit Rußland auch Italien auf den Plan rief. Würde aber Oſterreich-Ungarn auch im Süden angegriffen, ſo geriet es in große Gefahr. Nun ſtand Italien zwar ſeit dem 20. Mai 1882 mit Deutschland und der haſsburgiſchen Monarchie in einem Verteidigungsbündniſſe, jedoch ließen die für fünf Jahre geſchloſſenen Verträge zur Zeit des öſterreichiſch-ruſſiſchen Zwiſtes ab. Der italieniſche Miniſter des Außern Graf Robilant war zur Erneuerung bereit, aber nur unter der Bedingung, daß ſeinem Lande ein Anteil an der Erbschaft nach dem allgemein erwarteten Falle der Türkenherrschaft zugeſichert werde. Wenn Oſterreich-Ungarn, ſo erklärte Robilant, ſeine ſüdliche Flanke gedeckt haben wolle, müſſe es dafür einen Preis zahlen. Begreiflich, daß das Wiener Kabinett ſich gegen die Einmiſchung Italiens in die Balkanangelegenheiten ſträubte, noch weniger mochte es dem Nachbarn das Recht dazu vertragsmäßig einräumen. Hieß das nicht, den Teufel durch Beelzebub austreiben? Dem Fürſten Biſmarck ſeinerſeits war es verhältnismäßig gleichgültig, wie ſich Oſterreich-Ungarn, Rußland und Italien die Balkanhalbinſel teilten; er legte nur großen Wert darauf, Italien beim Bunde feſtzuhalten, um Frankreichs Vergeltungsgelüſte zu bezähmen. Er wird eifrig vermittelt haben, und da Oſterreich-Ungarn die nähere, von Rußland drohende Gefahr bannen wollte, gab es nach: am 20. Februar 1887 vollzog ſich die Erneuerung des Dreibundes unter für Italien günſtigen Bedingungen.

Bisher sind von diesem Vertrage nur die Bestimmungen ganz veröffentlicht worden, die sich auf das Verhältnis Italiens zu Österreich-Ungarn beziehen. Von den auch Deutschland betreffenden Abmachungen ist nur eine bekannt: der dritte Artikel des Vertrages stellte fest, daß, wenn einer der Verbündeten durch zwei Großmächte angegriffen würde, die beiden anderen Alliierten zur Waffenhilfe verpflichtet seien. Doch nicht unter allen Umständen: denn die Verpflichtung bestand nur, wenn der Angriff des Feindes „ohne direkte Provokation“ seitens des Alliierten erfolgt war. Sonach blieb der Bündnisfall einer mehr oder weniger ehrlichen Auslegung anheimgestellt, wobei Italiens Loyalität 1914 versagen sollte. Die ganze Bestimmung hatte übrigens nur für Deutschland einen gewissen Wert, wogegen Österreich-Ungarn aus ihr keinen Nutzen erwarten durfte. Denn während das Deutsche Reich immer gefaßt sein mußte, es mit Rußland und Frankreich zu tun zu haben, stand die habsburgische Monarchie nur mit einer Großmacht, mit Rußland, auf der Mensur.

Gingegen gereichte der Artikel IV allen Bundesgenossen zu gleichem Vorteil — vorausgesetzt, daß Treue gehalten wurde. Danach war jede der drei Mächte zu wohlwollender Neutralität verpflichtet, wenn ein Bundesgenosse genötigt sein sollte, um seiner Sicherheit willen einem außenstehenden Staate den Krieg zu erklären. Somit versprach Italien wenigstens Neutralität auch in dem Falle, daß die Donaumonarchie mit Rußland oder einem Balkanstaat in Krieg geriet. Um dieser Sicherung willen trat das Wiener Kabinett in den Vertrag ein und brachte das erhebliche Opfer, das ihm durch den Artikel VII auferlegt war.

Dieser Artikel VII handelte von den Verhältnissen im nahen Orient, vornehmlich von der Balkanhalbinsel: er hatte das eigene, daß darin nur Österreich-Ungarn und Italien sich gegenseitig Zusagen machten. Deutschland hielt sich abseits, offenbar weil Bismarck grundsätzlich die Einmischung in die Balkandinge ablehnte. In dem Artikel aber wurden Bestimmungen für den Fall getroffen, daß über das Osmanische Reich das Verderben hereinbrach. Die zwei Mächte verpflichteten sich zunächst zur möglichsten Aufrechterhaltung des Status quo im Türkischen Reiche; sollte aber dessen Besitzstand auf der Balkanhalbinsel, im Adriatischen oder im Ägäischen Meere einmal erschüttert sein, dann trat der Grundsatz in Kraft: wenn sich das eine der vertragsschließenden Reiche ausdehnen werde, dann habe das andere

auf eine Kompensation Anspruch. Damit verzichtete Österreich-Ungarn eigentlich auf das ihm im Berliner Vertrage zustehende Recht, über den Sandschat von Novibazar und über Mitrowitza hinaus Gebiete zu besetzen; denn das durfte fortan nur mit Zustimmung Italiens geschehen, oder aber diese Macht konnte ein entsprechendes Entgelt verlangen. Dem Wiener Kabinett waren also künftig die Hände gebunden. Abrißens war Artikel VII so unklar gefaßt, so voll Widersprüche, daß bei der Auslegung Mißbelligkeiten unvermeidlich waren. Offenbar kam die Einigung nur mühsam zustande, es wurde wohl lange gebessert und geklittert, um überhaupt zum Schlusse zu gelangen. Die Vermutung liegt nahe, daß seitens des Berliner Kabinetts in Wien wie in Rom gedrängt wurde, um die Einigung herbeizuführen. Abrißens wurde diesmal nur ein Vertragsinstrument von den drei Mächten unterfertigt, die Bündnisdauer wieder auf fünf Jahre festgesetzt<sup>1)</sup>.

So künstlich auch der Vertrag aufgebaut war, so bedeutet es doch viel, daß sich fortan quer durch Europa von Nord nach Süd ein Friedensbund legte. Wohl ist er 1915 zusammengebrochen, bis dahin jedoch war er ein Hauptfaktor der europäischen Politik. Trotz der Lücken des Vertrages war Italien durch ihn an die Mittelmächte gebunden. Mehr aber noch durch das eigene Interesse, da es erst von jetzt ab als Großmacht in die Schicksale des Kontinents eingriff, während es auf dem Berliner Kongreß im Hintergrunde gestanden hatte und 1881 bei der Besetzung von Tunis geringschätzig beiseite geschoben worden war.

Abrißens stand der in diesem Zeitabschnitte maßgebende italienische

<sup>1)</sup> Daß es 1882 zwei Vertragsinstrumente gab, 1887 nur eines, wurde dem Verfasser 1912 vom Staatssekretär Riederlen-Wächter mitgeteilt. — Die Bündnisfristen sind, anscheinend aus amtlichen Quellen, von L. Chiala in dem Werke „La triplice e la duplice alleanza“ (2. Aufl., Torino 1898), S. 447 und 558 angegeben. — Die Lücken und Widersprüche im Dreibundvertrage sind treffend hervorgehoben in den Aufsätzen des Bischofs W. Fraukoi in der „Deutschen Revue“, Januar und Februar 1916. — Noch vor der amtlichen österreichischen Bekanntmachung wurde das Wesentliche aus dem Artikel VII mitgeteilt von H. Friedjung in dem Aufsätze „Der Inhalt des Dreibunds“ (Cottasche Zeitschrift „Der Greif“, Oktober 1913), dann im „März“ (26. November 1913). Diese Angaben wurden von Hans Helmolt mehrfach bestritten, zuletzt im Anhang des Buches von Arthur Singer, „Geschichte des Dreibunds“ (Leipzig 1914); doch hat Helmolt seinen Irrtum selbst in der „Weserzeitung“ vom 26. Januar 1916 zugestanden; er fügte in seinem Aufsätze „Unser Wissen vom Dreibunde“ („Zeitschrift für Völkerrecht“ 1916, X. Bd., Heft 1 und 2) noch hinzu, er sei nach seinen ersten Veröffentlichungen über den Gegenstand „von maßgebender Seite ausdrücklich zu weiterer Arbeit ermutigt und in seiner namentlich gegen Friedjung's „Kompensations“-Behauptung gerichteten Auffassung bestärkt worden“.

Staatsmann Francesco Crispi mit seiner starken Persönlichkeit auf Seite Deutschlands und im Gegensatz zu Frankreich. So hielt er es, als er am 29. Juli 1887 an die Spitze der Regierung trat, in welcher Stellung er sich bis 1891 und dann 1893 bis 1896 behauptete. Das war die Epoche wahren inneren Lebens des Dreibunds. Aus der Schule Mazzinis hervorgegangen, war Crispi immer der Ansicht gewesen, daß Napoleon III. und überhaupt alle französischen Machthaber Österreich nur bekämpft hatten, um Italien ihrerseits zu beherrschen: sie alle wünschten die Halbinsel in mehrere Staaten geteilt, und für diese zweifelhaften Dienste ließ sich Napoleon mit Nizza und Savoyen bezahlen. Crispi blieb immer von Mißtrauen gegen Frankreich beseelt. Ebenso stand er fest auf dem Satze, daß Konstantinopel unter keinen Umständen den Russen überlassen werden dürfe, da sonst die Freiheit Europas gefährdet wäre. Vergebens versuchte Bismarck, wie Crispi in seinen Aufzeichnungen berichtet, auch ihn für die Auffassung zu gewinnen, man solle die Russen nach Stambul gehen lassen, da sie dann hier eine Flanke zum Angriffe böten, während sie an ihrer Westgrenze allein nicht zu fassen wären. Indessen zog es Crispi vor, sich mit Österreich-Ungarn und mit Großbritannien über die Verteidigung der Balkanhalbinsel zu verständigen. Dieser „orientalische Dreibund“, wie er sich ausdrückte, wurde eine Ergänzung des mitteleuropäischen Dreibunds.

Etwas abseits von diesen Vereinbarungen stand ein Abkommen Italiens mit Großbritannien, geschlossen Anfang 1887, das sich bloß auf das Mittelländische Meer bezog. Diese Verbindung wurde den Italienern von Bismarck angeraten, der auch in London dafür mit Erfolg warb. Denn indem sich das römische Kabinett mit Deutschland gegen Frankreich verband, mußte Italien für seine langgestreckten Küsten und seine nicht befestigten Häfen fürchten, die der französischen Flotte schutzlos offen standen. England verstand sich auch zur Pflicht der Verteidigung, während Italien seine Unterstützung in Ägypten zusagte. Wegen des Nillandes lagen England und Frankreich im Streit — das Londoner Kabinett gewann auf diese Art einen kontinentalen Degen zum Bunde.

Während dies jedoch in weiter Ferne stand, galt der „orientalische Dreibund“ der drängendsten Frage des Tages, der Verteidigung der Balkanhalbinsel. Bismarck ließ seine politischen Freunde Kalnoky, Salisbury und Crispi gewähren, wurde auch von allem unterrichtet,

nahm aber mit Rücksicht auf Rußland selbst nicht an dem Balkan-  
geschäfte teil, über das im Oktober und November 1887 verhandelt  
wurde. Die Grundlage der österreichisch-englisch-italienischen Verein-  
barung ist jetzt im allgemeinen bekannt, während der Vertrag selbst  
noch in den geheimen Archiven ruht<sup>1)</sup>. Er handelte von Konstantinopel  
und den Meerengen, die, wie man sich einigte, „von jedem bedeutsameren  
fremden Einflusse“ freigehalten werden sollten. In betreff Bulgariens  
wollten die drei Mächte gegenüber „unrechtmäßigen Forderungen Ruß-  
lands“ eng zusammenstehen. Endlich, und das gewährt einen weiten  
Ausblick in die Zukunft, waren die drei Kabinette einig darüber, daß,  
wenn sich der Status quo auf der Balkanhalbinsel nicht halten ließe,  
den christlichen Völkern Autonomie zuzubilligen wäre. Grundsätze also  
von großer Tragweite: es verdient ausdrücklich verzeichnet zu werden,  
daß England sich damals, aber später nie wieder bereit zeigte, zur  
Verteidigung der türkischen Herrschaft nötigenfalls das Schwert zu  
ziehen. Es war das letzte Bekenntnis zu einer Politik, die von Groß-  
britannien durch eine Reihe von Menschenaltern befolgt worden war.  
Noch einmal fand sich das alte Europa dabei zusammen. Salisbury  
hielt sich an die Überlieferung, der Gladstone bereits den Rücken ge-  
lehrt hatte.

\*

## Ralnoky's Methode und Charakter

Die Führung in der Abwehr des russischen Dranges nach der Bal-  
kanhalbinsel fiel naturgemäß Österreich-Ungarn zu. Auf dem gefahr-

<sup>1)</sup> Aber diese Abmachungen unterrichtet E. Parlamenghi-Crispi in den von ihm zu-  
sammengestellten Denkwürdigkeiten Francesco Crispis, seines Oheims. Deutsche Über-  
setzung unter dem Titel „Die Memoiren Crispis“ (Berlin 1912). Vgl. S. 169, 195, 235,  
265, 363. Auf S. 235 ist die in diesem Betracht wichtigste Stelle aus dem Tagebuche Crispis  
abgedruckt. — Andere Papiere Crispis sind benutzt in Parlamenghi-Crispi's „Questioni  
Internazionali“ (Milano 1913), wo S. 85 als Datum der englisch-italienischen Verträge  
über das Mittelländische Meer der 12. Februar und 27. März 1887 genannt wird. —  
Von demselben Autor noch die „Politica Estera“, gleichfalls aus den Papieren seines  
Oheims geschöpft.

vollsten Vorposten aber stand die bulgarische Regierung mit Stambulow als Haupt; er brachte die Verschwörungen und Anschläge zum Scheitern, die vom russischen Gesandten in Bukarest, Sitrowo, angezettelt wurden. Stambulow hatte seine beste Stütze an dem Wiener Kabinett, daneben aber bahnte er die Verbindung mit der Pforte an, wodurch einer künftigen großen Koalition Bulgariens mit Mitteleuropa vorgearbeitet wurde.

Bulgarien bedurfte eines Fürsten: mit Zustimmung des Kaisers von Osterreich erklärte sich Prinz Ferdinand von Koburg, der als Oberleutnant in einem ungarischen Honved-Regiment diente, zur Annahme dieser Würde bereit, die ihm am 7. Juli 1887 durch die Nationalversammlung übertragen wurde. Zar Alexander verzehrte sich in Ingrimm und erwog mit seinen Ratgebern, ob er in Bulgarien nicht mit den Waffen durchgreifen sollte. Indessen schreckte er vor diesem Entschlusse zurück. Nicht gerade aus Friedensliebe, die er ebenso wie sein Vater bei dem Auszug in den Balkankrieg 1876 überwunden haben würde. Er erwog aber die Gefahr, die dabei über sein Reich heraufbeschworen wurde. Die Mißerfolge Rußlands in den Kriegen von 1854 und 1878 standen ihm warnend vor der Seele. Er sah sich einer überlegenen Koalition gegenüber: mit Osterreich-Ungarn stand England zusammen, das, mit freudiger Zustimmung der Türkei, seine Flotte ins Schwarze Meer gesendet haben würde. Rumänien, seit 1883 mit den Mittelmächten verbunden, würde sich dem Durchmarsch der Russen nach Bulgarien widersetzt haben. Ein Angriff endlich auf die Donaumonarchie rief sicherlich auch Deutschland auf den Plan, vielleicht auch Italien. So waren dem Zaren die Hände gebunden.

Rußland begnügte sich somit, die Anerkennung Ferdinands von Koburg als Fürsten zu verhindern, der dem Berliner Vertrage zufolge von dem Sultan nur dann belehnt werden konnte, wenn alle europäischen Großmächte zustimmten. Es war nun die Ansicht und der Rat des Grafen Andrassy, das Wiener Kabinett solle nicht auf halbem Wege stehenbleiben, sondern Ferdinand von Koburg ohne weiteres als Fürsten anerkennen. So weit jedoch wollte Kalnoky nicht gehen, um Rußland nicht noch mehr zu reizen. Trotzdem stand geraume Zeit alles auf der Schneide: der europäische Krieg war immer zu fürchten, da die panslawistische Partei in Rußland vom Zaren ganze Entschlüsse forderte. Dazu aber ließ sich Alexander III., die Kräfte seines Reiches mit denen der gegenüberstehenden Koalition vergleichend, nicht drängen.

Graf Gustav Kalnohy war eine methodisch angelegte Natur, ein gewissenhafter Arbeiter, der alle wichtigeren Depeschen selbst entwarf; seine Räte beklagten sich, daß ihnen kaum je Gelegenheit gegeben wurde, Selbständiges zu leisten. Als Vertreter konservativer Überlieferungen stand er dem Kaiser persönlich näher als der aus der Revolution hervorgegangene Andrassy. Es war auffallend, daß ein Mann seiner starken Intelligenz in seinem Adelsstolz so weit ging, sich alles fernzuhalten, was ihm an Geburt oder Rang nicht ebenbürtig war. Indessen war er, was mit dieser Schwäche veröhnt, steifnackig auch im Verkehr mit fürstlichen Persönlichkeiten und nicht zu erschüttern in dem, was das Wohl des Staates erheischte. Bei Hofe fand man, daß er auch mit den Erzherzogen „die Nase in der Luft“ sprach. Dabei liebte er die Geselligkeit, an der er sich in den aristokratischen Häusern weltmännisch-heiter beteiligte; sein Humor, sein Verständnis für die bildenden Künste — er besaß ein ausgesprochenes Zeichentalent — kamen dabei zur Geltung. Ebenso sicher trat er als Gast an der Tafel Bismarcks auf, den er im Sommer nicht selten besuchte.

Neue Wege einzuschlagen, war nicht seine Sache; auch traf er nicht etwa in genialer Erfassung des Hauptpunktes das Richtige; er mußte sich die Dinge erst prüfend, wägend zurechtlegen, kam aber auf diesem Wege doch ans richtige Ziel. Wagnisse waren nicht seine Sache, aber für Aufgaben, die durch bedächtige Überlegung gelöst werden konnten, war er der geeignete Mann. Andrassy würde wahrscheinlich, wenn er wieder ans Ruder gekommen wäre, die Straße „über Mitrowiça hinaus“ gegen Saloniki, welche der Monarchie im Berliner Vertrag eröffnet war, weiter verfolgt haben. Kalnohy war solchen Entwürfen abgeneigt, da er dem Habsburgerreiche die Kraft dafür nicht zutraute und auch meinte, daß die dualistische Verfassung ein Hemmnis des Handelns bildete. Dieser Zweifel vererbte sich auf alle seine Nachfolger, bis der Weltkrieg die lange unterschätzte Kraft des Reiches ans Licht brachte.

Die diplomatische Arbeit Kalnohys auf dem Balkan zeitigte manche schöne Frucht. Im Verein mit Bismarck gelang es ihm, Rumänien 1883 zum Anschlusse an die Mittelmächte zu gewinnen. Wie Bethmann Hollweg am 28. September 1916 im Reichstage sagte, wurde der „Bündnisvertrag“ zunächst nur zwischen Osterreich-Ungarn und Rumänien geschlossen, später erst sind Deutschland und Italien beigetreten. „In dem Vertrage“, so stellte Bethmann fest, „hatten sich die Vertrag-

schließenden zu gegenseitiger Waffenhilfe im Falle eines unprovokierten Angriffs von dritter Seite verpflichtet<sup>1)</sup>).

In Rumänien wie in Serbien hatte Andrassy seinen Nachfolgern vorgearbeitet. Auf dem Berliner Kongreß erwies er dem serbischen Königreich einen großen Dienst, indem er ihm vier von den Bulgaren bewohnte Kreise, das Gebiet von Nisch-Pirot, verschaffte. Der Zar hielt sich damals mehr zu Bulgarien, das er zum Schutzstaate Rußlands auszugestalten gedachte. Auch im serbisch-bulgarischen Kriege von 1885 stand das Wiener Kabinett zu Milán von Serbien und behütete ihn nach der Niederlage von Slivniça vor Argerem. Milán blieb dafür immer dankbar; er besaß überhaupt ein richtiges Augenmaß dafür, was die Donaumonarchie und was Rußland seinem Lande nützen oder schaden konnten; den großserbischen Phantastereien verschloß er sein Ohr. In der Lebensführung war er leichtsinnig, seine politische Begabung jedoch darf nicht unterschätzt werden. Und daß er richtig in die Zukunft geblickt hat, zeigte sich an dem Unheil, das seine Nachfolger später über Serbien brachten. Der serbische Stein im Baue der österreichischen Balkanpolitik lockerte sich zwar, als Milán, um seinen Zerwürfnissen mit den Parteien Serbiens ein Ende zu machen, 1889 dem Throne zugunsten seines unmündigen Sohnes Alexander entsagte; solange er aber Einfluß auf die Regierung bewahrte, bestand zwischen Wien und Belgrad Frieden und Freundschaft. — Das Beste leistete Kalnoßy in Bulgarien, wo er in dem österreichisch-ungarischen Vertreter Freiherrn von Burian, dem späteren Minister des Außern, einen fähigen Gehilfen besaß. So waren Rumänien, Serbien und Bulgarien dem russischen Einflusse entrückt. Der Zar war durch alle diese Vorgänge so verstimmt, daß er in einem Trinkspruche 1889 den Fürsten von Montenegro seinen einzigen Freund nannte.

Soweit kann man von wohlverdienten Erfolgen Kalnoßys sprechen, die errungen wurden, nachdem er seine anfänglichen antibulgarischen Vorurteile überwunden hatte. Er brachte freilich, um die Ernte einheimen zu können, ein namhaftes Opfer: und das war die Einführung Italiens in die Balkanpolitik. Die den Italienern auf dem Balkan und in der Adria zugesagte Kompensation hemmte Osterreich-Ungarn auf Schritt und Tritt und führte immer wieder zu Reibungen.

<sup>1)</sup> Einiges über den Abschluß findet sich auch in Jorgas „Geschichte des rumänischen Volkes“, die 1905 erschien.

In der Geschichte Europas wird Kalnoſy als der Mann genannt werden, der, hart an einem Kriege mit Rußland vorbei, die Unabhängigkeit des bulgarischen Volkes zu verteidigen wußte. Ebenſowenig wie Bulgarien wurde Konſtantinopel den Rußen überlaſſen, mochte Biſmarck noch ſo oft zu dieſem Auskunſtsmittel raten. In dieſem Falle war es die öſterreichiſche Politik, welche die waltenden Kräfte richtiger abwog und ſo Bleibendes ins Leben rief. Nicht daß ſich Kalnoſy mit dem Kanzler an Größe der Entwürfe, an einherſtürmender Gewalt des Willens vergleichen ließ. Er beſaß jedoch einen Kompaß, der Biſmarck fehlte, und das war eine in den orientaliſchen Angelegenheiten nicht zu erſchütternde Staatstradition. Kalnoſy wie ſeine Vorgänger und ſeine Nachfolger wurzelten in der ſich an den Prinzen Eugen von Savoyen anknüpfenden Überlieferung: es gab kein Schwanken darüber, daß die alte Oſtmark ein Damm zu ſein hatte gegen die ruſſiſche Gefahr, wie ſie es gegen die Überflutung durch die Türken geweſen war. Das war jedem öſterreichiſchen Miniſter des Außern, ohne Unterſchied der Begabung, in die Seele gehaucht. Der große Staatsmann, der unfern der Oſtſee aufgewachſen war, iſt zwar ſelbſt Schöpfer und Ahnherr von feſten, ſeiner Nation eingepprägten Grundſätzen geworden, im Orient jedoch mußten ſeine Nachfolger andere Wege betreten als er. Öſterreich, das dem Balkan und den Meerengen näher ſteht, hat ſich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wieder als Auslugpoſten und Vormauer gegen den Orient hin bewährt. Im harten Dienſte Mitteleuropas hielt es die Straße nach Konſtantinopel und nach Vorderaſien offen<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Das wurde bis zum Weltkriege in Deutschland nicht nach Gebühr anerkannt, kaum verſtanden. Über die Balkanpolitik in ihrer geſchichtlichen Entwicklung findet man faſt nur bei öſterreichiſchen und ungarischen Hiſtorikern, von Prokeſch-Oſten bis Wertheimer, eindringende Belehrung. Graf Ernst v. Reventlow legt in ſeinem Buche „Deutschlands auswärtige Politik 1888—1907“ (Berlin 1914) den Schwerpunkt auf die Ereigniſſe über See, dagegen läßt er ſich auf den Balkan nur nebenher ein: der Name Kalnoſys z. B. wird nur als Teilnehmer an der Drei-Kaiſer-Zuſammenkunft von 1884 und dann überhaupt nicht mehr erwähnt.

## Deutsch-russischer Rückversicherungsvertrag

Der Reichskanzler sah also seine Kreise gestört, unwillig darüber, daß Rußland abgestoßen wurde. Einen Krieg Deutschlands nach zwei Fronten wollte er verhindern oder doch so lange hinausschieben, bis das erstarrte Deutsche Reich diese Kraftprobe bestehen konnte. Dem Wiener Kabinett wäre es zwar willkommen gewesen, wenn Deutschland sich völlig auf seine Seite gestellt hätte, doch zog es Vorteil auch aus der von Bismarck eingenommenen Mittelstellung. Denn auch Kalnoky wollte den Krieg gegen Rußland vermeiden und sah es gern, daß der große Zauberer den Zaren bald beschwichtigte, bald bedrohte, ihn aber immer vom Bunde mit Frankreich abhielt. Auch sagte Bismarck den Russen unverhohlen, daß sie bei einem Angriff auf Österreich-Ungarn dem deutschen Schwerte begegnen würden. Daneben bekam man es in Wien stets zu hören, daß die Donaumonarchie auf deutsche Hilfe nur rechnen konnte, wenn sie wirklich der angegriffene Teil war. Schlug sie aber zuerst los, so hatte Österreich-Ungarn die Fehde allein oder doch nur im Vereine mit England auszufechten. Daß Bismarck es mit der Bezähmung Rußlands ernst meinte, wurde durch die Verbannung der russischen Anleihen von dem deutschen Markte bewiesen. Als im Sommer 1887 die russische Kriegspartei, zumal ihr Führer General Skobelew eine drohende Sprache führte, verlautbarte die Deutsche Reichsbank, daß sie russische Wertpapiere fürderhin nicht belehnen werde, und die deutsche Presse warnte auf Betreiben der Regierung vor diesen Anlagen: viele Millionen russischer Wertpapiere kamen auf den Markt und flossen in das Ausland, besonders nach Frankreich ab.

Nach wie vor aber gab Bismarck Bulgarien russischem Einflusse preis. Schon einige Jahre vorher, als Fürst Alexander sich gegen den Zaren auflehnte, hatte der Kanzler dem russischen General Raulbars gesagt, er sei neugierig, wann Alexander endlich weggejagt werde. Als Raulbars nach dem Scheitern seiner Sendung in Sofia im Mai 1887 Berlin besuchte, sprach Bismarck von den Führern des bulgarischen Volkes als von einer Bande, die sich die Taschen fülle, und versetzte auch Kalnoky einen Hieb, dessen gegen Rußland gerichtete Er-

klärungen er taktlos und ungeschickt nannte<sup>1)</sup>. Durch diese Vertraulichkeiten bot Bismarck dem Petersburger Kabinett eine gewisse Sicherheit. So auch, als Prinz Ferdinand von Koburg zum Fürsten gewählt wurde: die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ warf ihm vor, daß er frivolerweise den Frieden Europas störe, und der deutsche Generalkonsul in Sofia durfte den von Europa noch nicht anerkannten Landesfürsten nicht grüßen, wenn er ihm auf der Straße begegnete. Die Feinde Deutschlands wieder arbeiteten dem Kanzler dadurch entgegen, daß sie dem Zaren Briefe vorlegten, aus denen hervorgehen sollte, daß Bismarck seinen Versicherungen zuwider mit dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien unter einer Decke spielte. Das wäre allerdings eine Treulosigkeit gewesen. Der Zar wies diese Schriftstücke am 18. November 1887 bei einem Besuche in Berlin dem Kanzler vor, aber dieser vermochte den Beweis zu liefern, daß es Fälschungen waren.

Das Petersburger Kabinett fühlte sich übrigens nicht ohne Grund beunruhigt. Es war kein Geheimnis, daß eine Reihe von preußischen Generalen, voran Molke mit seinem Stellvertreter im Generalstab Grafen Waldersee, der Ansicht waren, die Abrechnung mit Rußland wäre früher oder später unvermeidlich; jetzt gerade sei der Zeitpunkt so günstig wie möglich, da das Zarenreich nicht imstande wäre, seine Heere rechtzeitig an die Westgrenze zu schieben; auch die Hilfe Frankreichs würde das Schicksal Rußlands nicht wenden können. In diesem Sinne berichtete auch der deutsche Militärbevollmächtigte Deines aus Wien nach Berlin, bis Bismarck sich in einer scharfen Rüge solche Einmischung in seine Politik verbat. Denn Bismarck verwarf einen Präventivkrieg aus politischen wie aus moralischen Gründen, die er später eindringlich in den „Gedanken und Erinnerungen“ auseinandersetzte. Die deutsche Diplomatie, dies war sein leitender Gedanke, müsse so viel Geist und Geschicklichkeit aufbringen, um Rußland bei den überlieferten guten Beziehungen mit Deutschland festzuhalten.

In demselben ereignisreichen Jahre 1887 lief der oben erwähnte Vertrag ab, den die Kabinette von Berlin, Wien und Petersburg 1884 zur Erhaltung des Drei-Kaiser-Verhältnisses geschlossen hatten. Bei den gespannten Beziehungen zu Österreich-Ungarn lehnte Rußland

<sup>1)</sup> Die Aufzeichnung über das Gespräch Bismarcks mit Raulbars wurde von Th. Schiemann veröffentlicht in der Beilage zur Münchener „Allgemeinen Zeitung“ (18. Febr. 1905).

es ab, den Vertrag mit dieser Macht zu erneuern. Da nun entschloß sich Bismarck zu einer der angefochtensten Handlungen seines Lebens. Er wollte dem Zaren einen überzeugenden Beweis der Freundschaft Deutschlands liefern und schloß mit dessen Regierung wieder für drei Jahre ab, und zwar in demselben Sinne wie 1884, jetzt aber ohne Österreich und ohne es zu verständigen. In diesem Neutralitäts- oder Rückversicherungsvertrag wurde ausgemacht, daß Deutschland seinem österreichischen Bundesgenossen nicht beistehen werde, wenn er Rußland angriffe, und gleiche Sicherheit ward dem Deutschen Reiche gewährt, falls es von Frankreich angefallen werden sollte. So hielt Bismarck einen zweiten Strang für seinen Bogen bereit, wenn Österreich-Ungarn etwa versagen sollte. Denn nie wurde er der Sorge ledig, der Wiener Hof könnte sich einmal von Deutschland abwenden. Reichtvätereinflüsse, so ist in den „Gedanken und Erinnerungen“ ausgeführt, seien immer gegen das protestantische Deutschland tätig; auch könnte das Vordringen der Slawisierung in Österreich zuletzt das Bündnis mit Deutschland gefährden. Als Graf Peter Schuwalow einmal Bismarck vorhielt, auf seinem Sinne laste immer der Alpdruck feindlicher Koalitionen (cauchemar des coalitions), bestätigte ihm dies der Reichskanzler. Mißtrauen war ein Element seiner Seele, Mißtrauen auch gegen Österreich; immer schwebte ihm die Gefahr vor, vor welcher Friedrich der Große im Siebenjährigen Kriege gestanden hatte. Durch Bündnisse und Rückversicherungen wollte Bismarck jene Gespenster gebannt wissen.

Der Rückversicherungsvertrag von 1887 wurde auf Wunsch Rußlands auch vor dem Wiener Kabinett geheimgehalten. Das war aber doch bedenklich. Dem Zaren war 1879 über das österreichisch-deutsche Bündnis eine Mitteilung gemacht worden, Kaiser Franz Joseph aber hatte größeren Anspruch auf Vertrauen. Bismarck glaubte der Bündnispflicht zu genügen, indem er dem Wiener Kabinett Mäßigung empfahl und ihm bei jeder Gelegenheit in Erinnerung brachte, das Bündnis von 1879 gelte nur für die Verteidigung, nicht für einen Angriff. Auch kannte er Kaiser Franz Joseph wie seine Ratgeber genau und wußte, daß sie so wenig loschlagen wollten wie der Zar. Daß Bismarck sich zu der Rückversicherung für berechtigt hielt, daß er sich also keiner Untreue gegen Österreich-Ungarn bewußt war, geht daraus hervor, daß er den Inhalt des Vertrages 1896 selbst öffentlich bekanntgeben ließ und sich den Abschluß zum Verdienst anrechnete. Abgesehen stand die Sache so, daß das Wiener Kabinett selbst Schuld daran trug, wenn

das Vertragsband mit Deutschland nicht enger war. Hatte doch Bismarck 1879 dem Grafen Andrassy ein Bündnis gegen Ost und West vorgeschlagen, ein verfassungsmäßiges Bündnis von solcher Innigkeit, daß die peinliche Frage über die Grenze zwischen Verteidigung und Angriff nicht hätte aufgeworfen werden können. Osterreich-Ungarn aber hatte abgelehnt, um nicht verpflichtet zu sein, Elsaß-Lothringens wegen das Schwert zu ziehen. So mußte Deutschland andere Verbindungen suchen, um seine Westgrenze zu sichern. Mochte nun Osterreich-Ungarn durch den Rückversicherungsvertrag benachteiligt sein oder nicht, jedenfalls war dem Deutschen Reiche durch die an Auskunftsmiteln uner-schöpfliche diplomatische Kunst Bismarcks ein großer Dienst erwiesen.

\*

### Bündnisystem Bismarcks

Daß aber das Verhältnis zu Osterreich-Ungarn auch für Bismarck die Hauptsache war, dafür gab er kurz darauf ein neues Unterpfand. Nach dem Abschlusse des Dreibunds (20. Februar 1887) erhob sich nämlich zwischen den Kabinetten von Berlin und Wien die Frage, ob das mitteleuropäische Bündnis vom 7. Oktober 1879 noch gelte oder aber durch das spätere aufgehoben sei. Das war deshalb wichtig, weil die zwei deutschen Kaiserreiche sich 1879 miteinander enger verbunden hatten als acht Jahre später mit Italien. Im Jahre 1887 war ausgemacht, daß man einander Waffenhilfe zu leisten habe, wenn einer der Genossen von zwei Mächten „ohne direkte Provokation“ angegriffen werden sollte, 1879 dagegen schon dann, wenn Rußland allein los-schlug, ohne daß eine Provokationsklausel eingeschaltet war. Im Ver-trage von 1887 stand manches auf Schrauben, hier war alles glatt und einfach. Nun wird nach einer bekannten Rechtsregel eine frühere Ver-einbarung durch eine spätere über denselben Gegenstand außer Kraft gesetzt. Galt dieser Satz des Privatrechts auch für die Verträge zwischen Wien und Berlin? Sollte also das 1879 Errungene in Frage gestellt sein? Das war doch weder in Berlin noch in Wien beabsichtigt, wes-halb Erklärungen ausgetauscht wurden, daß der ursprüngliche Vertrag auch fernerhin beide Teile binde. Damit hing es wohl zusammen, daß das Bündnisdokument vom 7. Oktober 1879 am 3. Februar 1888

in Berlin, Wien und Budapest amtlich bekanntgemacht wurde. Dagegen sind Inhalt und Wortlaut des Dreibundvertrages von 1887 bis zum Weltkrieg als Geheimnis gehütet worden. Am 6. Februar 1888 hielt Bismarck im Reichstage die gewaltige Rede mit dem Ausfluge „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst niemand in der Welt“, womit gewissermaßen ein Kommentar zu dem soeben veröffentlichten Bündnisvertrage gegeben wurde. Er bekannte sich in der Rede unumwunden zur Freundschaft mit Osterreich-Ungarn, während das Verhältnis zu Rußland erst in weitem Abstand danach einen Platz fand. „Um Liebe werben wir nicht mehr,“ so sagte er, „weder in Frankreich noch in Rußland. Die russische Presse, die russische öffentliche Meinung hat einem alten, mächtigen und zuverlässigen Freunde, der wir waren, die Tür gewiesen; wir drängen uns nicht auf. Wir haben versucht, das alte vertraute Verhältnis wiederzugewinnen, aber wir laufen niemand nach.“

Nach allen Seiten gedachte Bismarck Deutschland zu sichern, er sorgte auch für die Hereinziehung Spaniens in sein System. König Alfons XII. nahm 1883 auf Einladung Kaiser Wilhelms an den großen deutschen Manövern im Elsaß teil, was die Franzosen so aufregte, daß der König bei der Durchreise durch Paris ausgezischt wurde. Frankreich fühlte sich auf allen Seiten umklammert, grollte aber am meisten den Italienern, denen es 1859 zu Hilfe gekommen war. Erbittert über den Beitritt Italiens zum Bunde der Mittelreiche erklärte die französische Regierung, daß sie den am 1. Mai 1888 ablaufenden Handelsvertrag mit Italien nicht erneuern werde. Darauf begann ein heftiger Zollkrieg zwischen den beiden Ländern, durch welchen das schwächere Italien zu schwerem Schaden kam. In dessen Verlaufe warfen die französischen Kapitalisten ihren Besitz an italienischer Rente auf den Markt, die infolgedessen stark im Preise sank. Die Feindschaft erreichte einen so hohen Grad, daß Crispi den Franzosen alles Schlimme zutraute, auch die Absicht der Wiederherstellung des Kirchenstaates. Dies besonders, seitdem Rampolla von Leo XIII. zum Staatssekretär ernannt war. Aus den Denkwürdigkeiten Crispis ist zu ersehen, daß er 1889 den Nachrichten Glauben schenkte, Frankreich rüste ein Heer und eine Flotte aus, um über Italien herzufallen. Der deutsche Reichskanzler zerstreute die übertriebenen Besorgnisse des leidenschaftlichen Sizilianers und sorgte auch sonst für die Beruhigung der aufgeregten Gemüter in Italien.

Baumeisterlich war, um ein Goethesches Wort anzuwenden, das Bündniswerk, in dessen Mittelpunkt Deutschland stand. Das Rückgrat wurde außerdem durch Österreich-Ungarn, Italien und Rumänien gebildet. Serbien und Bulgarien waren bloß der Donaumonarchie angegeschlossen. Spanien konnte bei einem Kriege mit Frankreich gute Dienste leisten. Österreich hatte bei einem etwaigen Zusammenstoß mit Rußland Großbritannien als Sekundanten, unter Umständen als Mitkämpfer zur Seite. Das hing freilich davon ab, ob Salisbury mit den Konservativen am Ruder blieb. Durch den Rückversicherungsvertrag mit Rußland war das Deutsche Reich gedeckt, wenn die Franzosen einen Streit vom Zaune brachen. Eben deshalb und um sich nicht mit Rußland zu überwerfen, stieß Bismarck Bulgarien hart von sich, während Kalnoßy das Wachstum des jungen Staates mit der Sorgfalt eines Gärtners betreute. Aber im Grunde arbeiteten sich die zwei deutschen Kaiserreiche auch in Petersburg und in Sofia in die Hände.

Das Gewebe Bismarcks schlang sich um ganz Europa mit Ausschluß Konstantinopels, welches Bismarck welchem Schicksal immer überließ. Die britische Seemacht war mit in Anschlag gebracht, doch nur zum Schutze der südlichen Küsten Europas. Übrigens wurde ihr, besonders in Ägypten, von Bismarck jeder Erfolg gegönnt. Der Kanzler, so bemerkte sein Nachfolger Bülow am 14. November 1906 im Reichstage, pflegte zu sagen: „Wir sind in Serbien österreichisch, in Bulgarien russisch, in Ägypten englisch.“ Von den überseeischen Angelegenheiten hielt sich der Kanzler lange fern und machte aus triftigen Gründen nur mit Afrika eine Ausnahme. Doch reifte er auch hier die Segel, als aus Frankreich und Rußland 1887 Sturm aufzog. Seit diesem Jahre verzichtete er auf weitere Ausbreitung des deutschen Kolonialbesitzes. Hauptsache war ihm immer Europa, und hier war Deutschland gesättigt. Gleiche Entsagung legte sich nach dem Rücktritte Andrássy's auch Österreich-Ungarn auf, und so bewegte sich die Politik der zwei Monarchien in gleichem Rhythmus.

\* \* \*

Soweit der Verlauf der Dinge. Abseits vom wirklichen Geschehen drängt sich nun die Frage auf, ob Deutschland nicht besser getan hätte, die Gunst der Weltlage zur Niederstreckung Rußlands zu benutzen. Wohl würde sich in einem Kriege die Französische Republik ohne Zögern zum Zarenreich geschlagen haben, ihr aber wäre das von Crispi geleitete

Italien sofort in die Flanke gefallen, wie auch England sich nicht müßig verhalten hätte. Wurde also nicht der richtige Augenblick veräußert? Die sich später nach dem Erfolge richteten, haben in ihrem Urteil über die Orientpolitik Bismarcks geschwankt. Bis zum Weltkrieg, solange der Zusammenstoß mit Rußland noch für vermeidbar galt, wurde Bismarck auf Kosten der österreichischen Staatsmänner über die Maßnen gepriesen; seither aber meistern ihn die Epigonen und halten ihm Moltke als Muster vor, der trotz seines hohen Alters 1887 darauf drang, die zum Kriege gegen Rußland bereitgestellten Entwürfe in die Tat umzusetzen.

Das Urteil darüber, ob Bismarck oder Moltke im Rechte war, gehört mehr in ein Lehrbuch der Politik als in eine geschichtliche Darstellung. Was soll es aber frommen, Bismarck darüber Belehrungen zu erteilen, welche Lebensregeln er sich für die deutsch-russischen Beziehungen hätte vor Augen halten sollen? Ebenso gut könnte man mit Hannibal ins Gericht gehen, weil er sich nicht mit den Römern vertrat, oder mit Karl V., weil er nicht zum Protestantismus übertrat. Dem handelnden Menschen drängen sich die großen Lebenszwecke mit beherrschender Gewalt auf. Der Historiker nimmt diese Tatsache hin und setzt lieber die Mittel und Maßnahmen auseinander, die zur Ausführung weltbewegender Entwürfe angewendet worden sind. Seine Kritik wird sich eindringlich mit den Wegen beschäftigen, die zu den Endzielen führen, auf welche die Nationen und ihre Führer in unwiderstehlichem Drange losstürmen. Denn die Wahl der Mittel ist Sache des wägenden Verstandes, dem sich hinterher nachrechnen läßt, während die Grundtriebe der Menschennatur sich dem prüfenden und richtenden Urteil entziehen. Wenn Bismarck zu sagen pflegte, man müsse ihn so verbrauchen, wie er einmal war, so gilt dies auch für sein Verhältnis zum orientalischen Problem.